

# Khan al-Ahmar: Die Geschichte eines Beduinendorfs in der Westbank

## Zusammenfassung einer Artikelreihe des Webmagazins Sicha Mekomit

Die Bewohner\*innen von Khan al-Ahmar wurden nach der Staatsgründung Israels aus ihrem angestammten Gebiet im Negev in die damals jordanische Westbank vertrieben. Jetzt droht ihnen die zweite Vertreibung: Ihr Dorf soll zugunsten israelischer Siedler\*innen geräumt werden. Die politischen Folgen für die gesamte Region könnten gravierend sein.

Unmittelbar außerhalb der palästinensischen Kleinstadt El-Azariya in der Westbank, neben der Schnellstraße, befinden sich einige zugemüllte Grundstücke. Krumme Überreste von Metallrohren schauen aus Bergen von verbogenem Blech und Glasscherben hervor. Zerrissene Nylontüten fliegen durch die Luft, wenn Autos an ihnen vorbeifahren. Keine 500 Meter weiter, entladen Müllautos ihren giftigen Inhalt auf der Abfalldéponie von Abu-Dis. Die Luft füllt sich mit dem beißenden Gestank des brennenden Mülls. Genau hierhin beabsichtigen die israelischen Militärbehörden Menschen zwangsumzusiedeln, nämlich die 181 beduinisch-palästinensischen Bewohner\*innen Khan al-Ahmars, das sich östlich von Jerusalem in der Nähe israelischer Siedlungen befindet.

Nach langen Gerichtsverfahren genehmigte Israels Oberster Gerichtshof 2018 die Zerstörung Khan al-Ahmars und die Zwangsumsiedlung seiner Bewohner\*innen, doch die Einwohner\*innen des Dorfes geben sich nicht geschlagen: «Würdest du mit deiner Familien in so eine Gegend ziehen, neben einer Müllhalde?», fragt Eid Abu Khamis,

der Sprecher der Gemeinde. Die Bewohner\*innen Khan al-Ahmars kämpfen beinahe seit einem Jahrzehnt gegen den Plan der israelischen Regierung, das Dorf zu zerstören und seine Bewohner\*innen umzusiedeln. Das Schicksal dieses Dorfes ist mittlerweile in den Fokus der internationalen Öffentlichkeit gerückt und steht für eine Politik der israelischen Regierung, die darauf aus ist, Palästinenser\*innen in der Westbank in immer dichter bevölkerte Enklaven zu verdrängen. Das geschieht etwa durch die Verhinderung von Bautätigkeiten und den Abriss vorhandener Infrastruktur zugunsten der sich dort völkerrechtswidrig<sup>1</sup> ausbreitenden jüdischen Siedlungen und entsprechender Infrastruktur, die nur von den neuen Siedler\*innen genutzt werden darf.

In der Vergangenheit war der Druck US-amerikanischer und europäischer Diplomaten maßgeblich, wenn es darum ging, geplante Zerstörungen und Vertreibungen aufzuhalten. Seit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes ist Khan al-Ahmar wieder ins Zentrum unterschiedlichster Protestaktionen, Demonstrationen

und Pressekonferenzen gerückt. Auf der Schotterpiste zum Dorf sind ständig israelische sowie internationale Aktivist\*innen und Journalist\*innen zu finden, die gerade an- oder abreisen.

## 70 Jahre Schikane

Der Kampf von Khan al-Ahmar ist das jüngste Kapitel in einer 70-jährigen Leidensgeschichte des Beduinenstammes der Jahalin. Auf der anderen Straßenseite jener vermüllten Grundstücke, die für die Umsiedelnden von Khan al-Ahmar bereitstehen, befindet sich die Kleinstadt Arab Al-Jahalin: eine Ansammlung von nur zum Teil verputzten Gebäuden aus nacktem Beton, die 1.500 Menschen als Zuhause dienen; allesamt Mitglieder des Beduinenstammes der Jahalin, die in den letzten zwei Jahrzehnten aus ihren Dörfern nach und nach dorthin zwangsumgesiedelt wurden.

Vor 1948 lebte der Stamm der Jahalin in der Gegend von Tel Arad im Negev. Nach der Gründung Israels wurde der Negev zum Teil des israelischen Staatsgebiets, und die Stammesmitglieder wurden vom israelischen Militär in die Westbank, die unter jordanischer Herrschaft stand, exiliert. Dort ließen sie sich auf den steinigten Hügeln östlich von Jerusalem auf dem Weg ins Jordantal und zum Toten Meer nieder. Doch im Krieg von 1967 eroberte Israel die Westbank und die Jahalin fanden sich erneut unter israelischer Herrschaft. In ihrer Nähe wurden im Laufe der Jahre einige israelische Siedlungen gebaut, darunter die große Siedlung Ma'ale Adumim. In den 1990er Jahren begann die israelische Regierung in den Jahalin, die hauptsächlich in sehr ärmlichen Dörfern ohne fließend Wasser und Strom lebten, ein Hindernis für den geplanten Siedlungsausbau zu sehen. Anfang 1997 zerstörte Israel drei ihrer Dörfer. Deren Bewohner\*innen wurden an den Ort gebracht, der zu Arab Al-Jahalin wurde, wo bis dahin nur 12 Familien des Stammes der Jahalin lebten. Nach ihrer Zwangsumsiedlung bekam dort jede Familie einen Stahlcontainer zur Verfügung gestellt, der eigentlich Transport- und Lagerungszwecken dient, in dem sie aber länger als drei Jahre lebten. Ein Bericht der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1998 verurteilte «die Art und Weise, in der die israelische Regierung diese Familien in Containern, welche für Lastwagen vorgesehen sind, auf der Müllhalde von Abu-Dis unter unmenschlichen Bedingungen unterbrachte». 1998 wurden dann weitere 35 Familien des Stammes zwangsumgesiedelt. Ein kurzer Dokumentarfilm aus den 1990er Jahren zeigt die Vertreibung von Mitgliedern des Jahalin-Stammes und die Zerstörung ihrer Häuser: Polizeibeamte schleifen Menschen aus ihren Häusern, stoßen und schlagen sie, Bulldozer des Militärs verwandeln die Hütten des Dorfes in einen Berg aus Schutt.

Mit der Vertreibung der Jahalin aus ihren Häusern durch die israelischen Behörden werden nicht nur ihre Wohnorte zerstört, sondern darüber hinaus ihre gesamte traditionelle Lebensweise. Menschen, die es gewohnt waren, Landwirtschaft zu betreiben und ihre freilaufenden Ziegen und Schafe in den Hügeln der Judäischen Wüste zu hüten, mussten ihre Tiere plötzlich auf wenigen Quadratmetern halten. Durch den Verlust der Bewegungsfreiheit der

Hirten hat die Gemeinschaft ihre Hauptversorgungs- und Einnahmequelle verloren. Nach den Oslo-Abkommen Mitte der 1990er Jahren verdingten sich immer mehr Jahalin in den städtischen Industriebetrieben. Heute arbeiten die meisten der männlichen Stammesmitglieder von Arab Al-Jahalin als Handwerker im nahe gelegenen El-Azariya oder in den israelischen Siedlungen in der Umgebung und bauen dort Häuser für diejenigen Menschen, wegen derer sie aus ihren Häusern vertrieben wurden.

Seit dem Urteil des Obersten Gerichtshofes steht einer Zwangsumsiedlung nichts mehr im Wege. In der ersten Juliwoche 2018 begannen sich Militär und Polizei auf den Abriss von Khan al-Ahmar vorzubereiten. Vermessungstechniker vermaßen die Häuser des Dorfes, zugleich gab es diverse Vorkehrungen, um den Räumungs- und Abrisskräften den freien Zugang zum Dorf und Bewegungsfreiheit in den Straßen zu ermöglichen. Währenddessen kam es zur Festnahme von zehn Demonstrant\*innen. Weitere 35 wurden während einer Protestaktion verletzt, als sie versuchten, die Bulldozer aufzuhalten. Nach Beendigung der Demonstration wurden die Arbeiten im Dorf fortgeführt, und es wurde zur geschlossenen Militärzone erklärt – dies galt selbst für ausländische Diplomaten\*innen, die das Dorf besuchen wollten. Nun, im Herbst 2018, können Bulldozer jeden Moment eintreffen, um das Dorf zu zerstören, das sowohl zum Symbol der Vertreibung von Palästinenser\*innen von ihrem Land als auch für den gewaltfreien Protest dagegen geworden ist. Etwa 100 Aktivist\*innen haben sich eingefunden, die sich rund um die Uhr vor Ort befinden, damit die Dorfbewohner\*innen nicht auf sich allein gestellt sind, wenn die Abrisskommandos anrücken. Die Haltung im Dorf ist eindeutig: Die Bewohner\*innen und die sie unterstützenden Aktivist\*innen fühlen sich dem Prinzip des zivilen und gewaltfreien Ungehorsams verpflichtet. Der Einsatz von Gewalt soll den Sicherheitskräften vorbehalten sein.

## Eine Schule aus Autoreifen

Seitdem es sich die israelischen Behörden zum Ziel gesetzt haben, Khan al-Ahmar zu zerstören, hat die örtliche Schule in der Nähe der Verbindungsstraße Jerusalem – Ma'ale Adumim eine besondere Bedeutung erhalten. Sie ist eines der ersten Gebäude, das den Abrissplänen zum Opfer fallen soll. In die Schule, die 2009 von Freiwilligen aus aller Welt und mit europäischer Unterstützung hauptsächlich aus Autoreifen und Lehm errichtet wurde, gehen mehr als 100 Schüler\*innen aus den umliegenden Dörfern. Aufgrund der diskriminierenden Planungspolitik der israelischen Behörden fehlt der Schule bis heute eine Baugenehmigung.

Da Israels Oberster Gerichtshof sich Zeit nahm und im Sommer 2018 die Order für den Gesamtabriss von Khan al-Ahmar noch nicht vorlag, wollten die israelischen Behörden zumindest eine Abrissverfügung für die Schule erwirken, um zu verhindern, dass diese zu Beginn des neuen Schuljahres ihren Betrieb wieder aufnehmen konnte. Von palästinensischer Seite war man bestrebt, das neue Schuljahr früher zu beginnen, in der Annahme, dass es für die israelischen Behörden aus Imagegründen schwieriger sein würde, eine Schule zu zerstören, in der bereits Unterricht stattfindet. Beide Seiten sind sich der großen symbolischen

Bedeutung der Schule bewusst, die Khan al-Ahmar zu einem Brennpunkt des medialen, politischen und diplomatischen Interesses gemacht hat. Am 15. Juli 2018, andert-halb Monate vor dem eigentlichen Schulbeginn, schafften es die Dorfbewohner\*innen, das Schuljahr mit einer offiziellen Feier zu eröffnen, und hoffen nun, damit die Zerstörung der Schule bis auf Weiteres verhindert zu haben.

## **Weitreichende politische Konsequenzen**

Die Zerstörung von Khan al-Ahmar hätte weitreichende politische Konsequenzen. Khan al-Ahmar befindet sich im sogenannten East-1- oder E1-Gebiet, ein 12 Quadratkilometer großes Areal, das zwischen Jerusalem und der Siedlung Ma'ale Adumim liegt, die mitten in der Westbank liegt, östlich von Jerusalem. Im E1-Gebiet soll nach israelischen Regierungsplänen der Bau von weiteren Wohnsiedlungen und anderen Projekten forciert werden. Das Vorhaben ist bislang an der massiven Ablehnung in der internationalen Öffentlichkeit gescheitert, denn das E1-Gebiet ist für die geografische Kontinuität eines zukünftigen palästinensischen Staates und folglich für die Durchsetzung einer Zweistaatenlösung von entscheidender Bedeutung. Die durchgehende Besiedlung des E1-Gebiets würde Ost-Jerusalem vom Rest der Westbank endgültig abschneiden und den Süden der Westbank vom Norden trennen, sodass die Westbank nicht länger eine zusammenhängende geografische Einheit wäre. Es steht zudem zu befürchten, dass weiteren zwei Dutzend palästinensische Ortschaften im E1-Gebiet ein ähnliches Schicksal wie Khan al-Ahmar droht und der gesamte ländliche Teil der Westbank folgen wird.

Trotz der Warnungen verschiedener europäischer Regierungen vor den möglichen humanitären und politischen Konsequenzen einer Zerstörung des Dorfes Khan al-Ahmar und der Umsiedlung der Bewohner\*innen gehen die meisten Beobachter\*innen davon aus, dass sich die israelische Regierung auf Dauer von ihrem Vorhaben nicht abhalten lassen wird – nicht zuletzt auch aufgrund der bedingungslosen Unterstützung, die sie zurzeit vonseiten der USA erhält. Von daher sei die Zerstörung nur eine Frage der Zeit und technischer Abwägungen der Einsatzplanung. Dementsprechend bereitet man sich jetzt schon auf den Tag nach der Räumung vor: Das heißt, man kümmert sich um die psychologische Betreuung der Bewohner\*innen, insbesondere der Kinder, bzw. trifft Vorkehrungen für den Wiederaufbau des Dorfes.

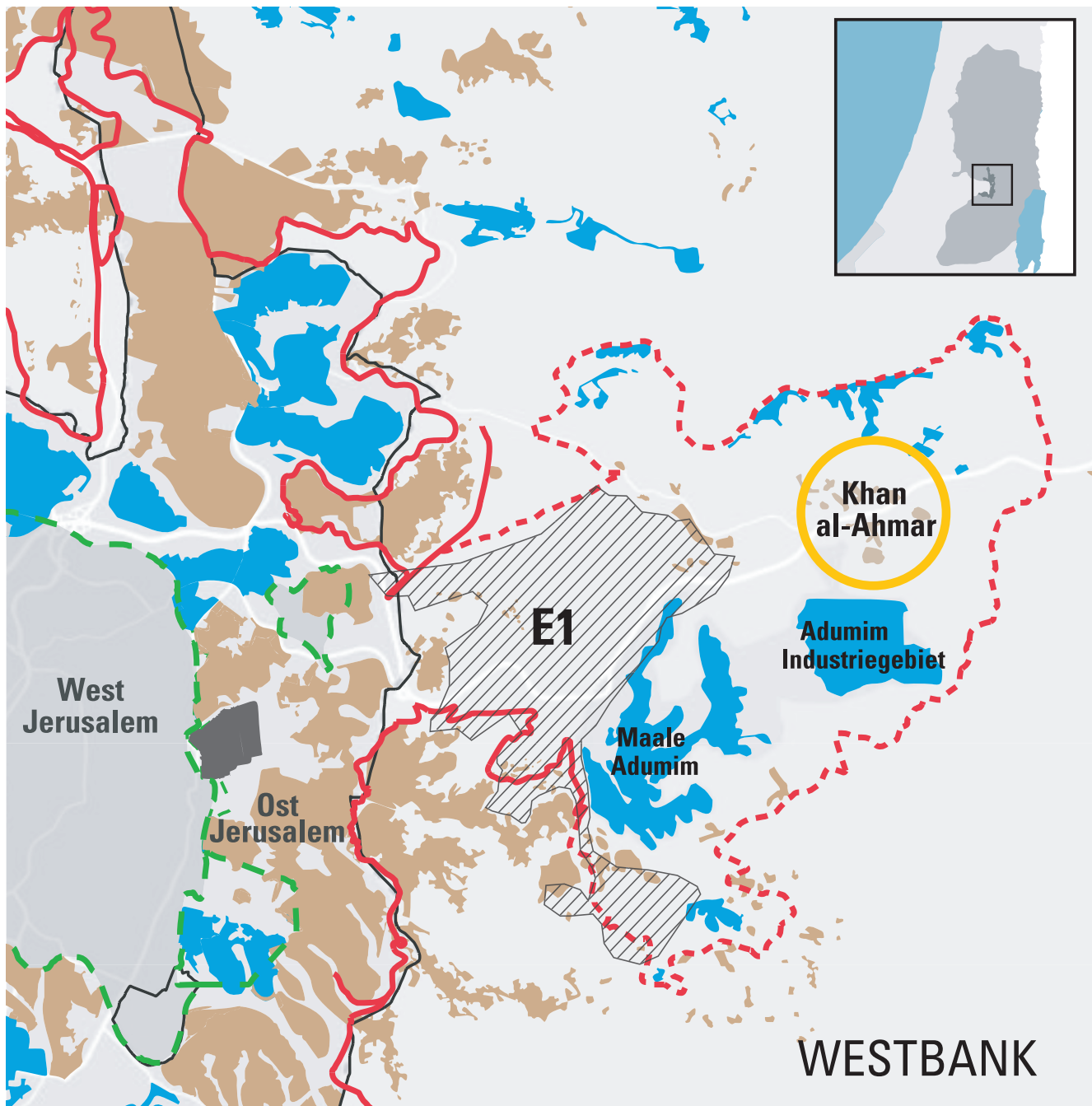
Übersetzt von **Michal Bondy**

Dieser Beitrag basiert auf einer Artikelserie von Oren Ziv, Joshua Leifer und Eyal Hareuveni, die auf der Webseite «Sicha Mekomit» (Lokalgespräch) erschienen ist.

## **Anmerkungen**

- 1 Das Völkerrecht verbietet es einer Besatzungsmacht ausdrücklich, eigene Bevölkerung in einem besetzten Gebiet anzusiedeln.

# Umgebungskarte Khan al-Ahmar



# Glossar

## Jordantal

Der Begriff bezeichnet i. d. R. das Flusstal vom See Genezareth bis zum Toten Meer, das durch sehr fruchtbaren Boden gekennzeichnet ist. Über einen Großteil der Strecke markiert der Fluss ungefähr die Grenze zwischen Jordanien und Israel (bis zur Umgebung von Beit Sche'an) und weiter südlich: zwischen Jordanien und der von Israel besetzten Westbank. Die israelische Besiedlung des Jordantals in der Westbank begann gleich nach dem Krieg von 1967 (meist Kibbuzim und genossenschaftlich organisierte landwirtschaftliche Moschawim). Durch die Siedlungen und andere Maßnahmen (etwa die Einrichtung militärischer Sperrgebiete) sind über 80 Prozent des Gebiets für Palästinenser\*innen heute nicht mehr zugänglich.

## Krieg von 1967

Die offizielle israelische Bezeichnung für den vom 5. bis 10. Juni 1967 andauernden Krieg ist meist Sechstagekrieg; von arabischer Seite wird er mitunter auch als Naksa (arabisch für Rückschlag) bezeichnet. Er fand zwischen Israel auf der einen und Ägypten, Jordanien und Syrien auf der anderen Seite statt, wobei Israel die Sinai-Halbinsel, die Golanhöhen, den Gazastreifen und die Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) eroberte. Nach der Unterzeichnung des israelisch-ägyptischen Friedensabkommens 1979 räumte Israel den Sinai. Die Besatzung der anderen Gebiete besteht fort.

## Oslo-Abkommen

Zwei aufeinanderfolgende Abkommen zwischen der israelischen Regierung und der PLO: das 1993 in Washington unterzeichnete Oslo I sowie das 1995 in Taba unterzeichnete Oslo II. Im Rahmen der Abkommen erkannte Israel die PLO als Verhandlungspartner an und Teile der besetzten Palästinensergebiete wurden einer begrenzten Selbstverwaltung, der zu diesem Zweck geschaffenen Palästinensischen Autonomiebehörde, unterstellt. Zentrale Fragen sollten in späteren Verhandlungen geklärt werden, darunter der Grenzverlauf zwischen Israel und dem palästinensischen Gemeinwesen (dessen Status noch zu definieren ist), die Zukunft der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, die Zukunft von Jerusalem, das Ausmaß der Kontrolle und Präsenz der israelischen Armee in den palästinensischen Autonomiegebieten sowie das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge.

## Ost-Jerusalem

Am Ende des Krieges von 1948 (1947–1949) teilte die Waffenstillstandslinie die Stadt: West-Jerusalem wurde Teil von Israel und Ost-Jerusalem (einschließlich der Altstadt) Teil der von Jordanien beherrschten Westbank. Während des Krieges von 1967 eroberte Israel die Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem), Ende Juni 1967 erweiterte Israel das Stadtgebiet (West-)Jerusalems über Ost-Jerusalem und die umliegenden Ortschaften hinaus, wodurch dieses Territorium (nach israelischem Recht) Teil des israelischen Staatsgebiets wurde – was international nicht anerkannt ist. Die palästinensischen Bewohner\*innen erhielten «permanente Aufenthaltsgenehmigungen». Mit Ausnahme des jüdischen Viertels in der Altstadt konzentrierte sich der israelische Siedlungsbau zunächst auf einen äußeren Gürtel, der Ost-Jerusalem von der übrigen Westbank trennt. Seitdem dieser fast geschlossen ist, wird nun intensiver im Innern, einschließlich der palästinensischen Viertel, gebaut. 1980 verabschiedete die Knesset das Jerusalem-Gesetz, wonach Jerusalem «auf ewig die vereinte und unteilbare Hauptstadt Israels» ist. Die UN-Sicherheitsratsresolution 478 erklärte das Gesetz nach internationalem Recht für nichtig. Die Oslo-Abkommen verschärfte die Notlage der palästinensischen Bevölkerung Ost-Jerusalems: Neben dem Druck durch den israelischen Siedlungsbau und den fehlenden Baugenehmigungen für Palästinenser\*innen, den extrem schlechten Infrastruktur- und Bildungseinrichtungen, der sehr mangelhaften Gesundheitsversorgung sowie anderen Formen der Diskriminierung wurde infolge der Abkommen eine starke Beschränkung des Personen- und Warenverkehrs zwischen Ost-Jerusalem und den übrigen Teilen der Westbank institutionalisiert. Die Oslo-Abkommen regeln den Status Ost-Jerusalems nicht. Von palästinensischer Seite wird gefordert, dass Ost-Jerusalem die Hauptstadt des zu errichtenden palästinensischen Staates wird.

## Siedlungen

Der Begriff bezeichnet die für jüdische Israelis errichteten Ortschaften oder Stadtviertel in den 1967 eroberten und daraufhin besetzten Gebieten. 2014 lebten ca. 350.000 Siedler\*innen in 125 von der israelischen Regierung genehmigten Siedlungen und in etwa 100 nicht genehmigten, aber mit staatlicher Hilfe gebauten sogenannten Outposts in der Westbank. Hinzu kommen etwa 200.000 Siedler\*innen im besetzten Ost-Jerusalem sowie einige Tausende auf den von Israel annektierten Golanhöhen. Die Siedlungen gelten als der Hauptgrund für das Scheitern von Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinenser\*innen.

## Westbank

Die Westbank, auf Deutsch auch Westjordanland genannt, ist ein fast 5.900 Quadratkilometer großes Gebiet, in dem heute um die 2,8 Millionen Palästinenser\*innen sowie etwa 550.000 israelische Siedler\*innen leben. Im Norden, Westen und Süden grenzt die Westbank (zu der auch Ost-Jerusalem gehört) an Israel und im Osten, entlang des Jordan-Flusses, an Jordanien. Die Westbank und der Gazastreifen sind die Gebiete von Palästina, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neu gegründeten Staates Israel wurden. Nach dem Krieg von 1948 stand die Westbank unter jordanischer Kontrolle und wurde 1950 von Jordanien annektiert (was allerdings international kaum anerkannt wurde). Im Krieg von 1967 eroberte Israel unter anderem auch die Westbank, deren Besatzung bis heute fortbesteht.

## Zweistaatenlösung

In der Debatte um den israelisch-palästinensischen Konflikt bezeichnet die Zweistaatenlösung die Konzeption, wonach Israel die 1967 besetzten Gebiete räumt und sich in seine international anerkannten Grenzen zurückzieht, während im Gazastreifen und in der Westbank ein palästinensischer Staat entsteht – mit oder ohne etwaigen Gebietsaustausch.